

Quo vadis nach Corona – Eine Analyse mit Diagnose und Therapie

Die Corona-Krise hat in schonungsloser Offenheit aufgezeigt, wie anfällig und verletzlich unser Gesellschaftssystem mit all seinen Ausprägungen ist. Es ist an der Zeit, dass unsere Gesellschaft, die Politik, die Wirtschaft und auch die Wissenschaft spätestens nach der Bewältigung der Corona-Krise ihre Handlungsfelder überprüfen, Defizite identifizieren und Maßnahmen erarbeiten.

Im Folgenden werden die Politikfelder Gesundheitssystem, Arbeit und Soziales und Familie, Wirtschaft, Klima-Krise, Politikbetrieb und Bevölkerungsentwicklung behandelt. Das Papier erhebt nicht den Anspruch alle Politikfelder umfassend zu beleuchten, sondern es spiegelt viele aktuelle Diskussionen und Überlegungen wider, die bei den SPD-Senioren ganz oben auf der Agenda stehen und zum großen Teil auch schon vor Corona vorhanden waren. Aber jetzt wollen wir's wissen!

Gesundheitssystem

Kommerzialisierung des Gesundheitssystems

Mit dem Einzug des Neoliberalismus in unserer Gesellschaft wurde auch das Gesundheitssystem mit seinen Einrichtungen privatisiert und damit kommerzialisiert. Das betrifft *Krankenhäuser* wie Helios-, Asklepios- oder Sana Klinikketten, *Alten- und Pflegeheime* wie Korian-Gruppe, Alloheim-Senioren-Residenzen oder Victors-Pro-Seniore, sowie *ambulante Pflegedienstketten* wie Bonitas-Holding, Augustinum-Kette oder Curanum-Kette.

In manchen Einrichtungen und Arztpraxen werden Patienten zu „Kunden“ umbenannt. Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) werden in Arzt-Warteräumen mit Bildschirmen wie Produkte in einem Warenhaus angeboten. Damit wurde die Gesundheit zur Ware gemacht!

Das Gesundheitssystem wurde durch Politik und Krankenversicherungen (warum gibt es überhaupt so viele davon?) einem Sparzwang unterzogen und darüber hinaus im stationären Bereich den Technikleistungen Vorrang gegenüber den Pflegeleistungen eingeräumt.

Maßnahme

Das Gesundheitssystem muss wieder zu dem zurückkehren, was im Grundgesetz Artikel 2 (2) garantiert ist: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“

Private vs. kommunale Gesundheitseinrichtungen

Wenn man für beide Gesellschaftsformen gleiche Bedingungen voraussetzt: d.h. Führung des Unternehmens nach betriebswirtschaftlichen Regeln, Tariflöhne, Mieten, Materialien etc., dann muss ein privates Unternehmen zusätzlich, zur Deckung dieser Kosten, für seine Anteilseigner Gewinne generieren. D.h. private Unternehmen sind damit zwangsläufig weniger wettbewerbsfähig als kommunale Unternehmen. Doch in der heutigen Realität ist es genau umgekehrt! Die Gründe dafür sind bekannt: niedrigere Löhne der Angestellten, weniger Leistungen für die Patienten und geringere Qualität der Leistungen.

Maßnahme

Das Gesundheitssystem gehört zur Daseinsvorsorge und muss deshalb durch die „öffentliche Hand“ sichergestellt sein! Die Gesundheitseinrichtungen (Krankenhäuser, Pflegeheime) müssen rekommunalisiert werden! Hierzu muss die SPD-RLP ein entsprechendes Konzept erarbeiten.

Einkommen der Pflegekräfte

Dass die Bezahlung der Pflegekräfte am unteren Rand aller Erwerbstätigen liegt (unabhängig ob private oder kommunale Einrichtungen), zeigt, wie wenig die Arbeit dieser Beschäftigten in unserer Gesellschaft geschätzt wird! Erst jetzt in der Corona-Krise gehen der Öffentlichkeit die Augen auf, wie „systemrelevant“ die Pflegekräfte sind! Applaudierende Abgeordnete in Parlamenten und applaudierende BürgerInnen auf Balkonen sind zwar ein guter Anfang, reichen aber nicht aus!

Maßnahme

Um die Einkommen und Arbeitsbedingungen der MitarbeiterInnen im Gesundheitswesen angemessen zu gestalten, muss eine weitgehende Tarifbindung erreicht werden. Eine Arbeitnehmervertretung muss in allen Einrichtungen gewährleistet sein.

Medikamente und medizinische Hilfsmittel

Der größte Anteil an Medikamenten, die in der Welt benötigt werden, werden heute in Fernost produziert. Skandalös dabei ist, dass die notwendigen Wirkstoffe zu 80% in China und Indien hergestellt werden. Das bedeutet, dass fast alle Länder der Erde mit ihren Gesundheitssystemen von zwei „Quellländern“ abhängen. Dies hat uns die Gier der Globalisierung beschert, denn die Entscheidungen zu diesem Sachverhalt haben die weltweit agierenden Pharmazie-Konzerne, vorbei an den Nationalstaaten, getroffen! Den gesetzlichen Auftrag für robuste Versorgungssicherheit haben die Regierungen und Parlamente, nicht nur in der EU, in die Hände des „allumsorgenden Marktes“ gelegt. Eine sträfliche Vernachlässigung und Zuwiderhandlung des Amtseides von Regierungen und Parlamenten!

Maßnahme

Die für alle EU-Bürger notwendigen Medikamente und Wirkstoffe sowie medizinische Hilfsmittel (Geräte und Materialien) müssen in der EU hergestellt und gelagert werden. Dies muss auf EU-Ebene gesetzlich sichergestellt werden.

Risiko-Studie zur Pandemie

Bereits 2012 ist eine „Risiko-Studie des Bundesamts für Bevölkerungsschutz zur Pandemie“ vom Typ Corona-Virus erschienen, die einen erstaunlich ähnlichen Ablauf zur aktuellen Corona-Situation beschreibt. Weder die Bundesregierung mit dem Gesundheitsministerium noch der Bundestag haben die Empfehlungen der Risiko-Studie ernst genommen noch beachtet. Eine fatale Fehleinschätzung, wie sich heute herausstellt!

Maßnahme

Die vorliegende „Risiko-Studie des Bundesamts für Bevölkerungsschutz zur Pandemie“ muss nach den Erfahrungen der Corona-Krise aktualisiert werden und bei allen relevanten Einrichtungen auf Bundes- und Landesebene als Handlungsanweisung gesetzlich vorgeschrieben und in turnusmäßigen Abständen (wie beim Katastrophenschutz) trainiert werden. Dabei muss auch der Arbeitsschutz angepasst werden.

Diese Forderungen sollten auch europaweit gelten, damit bei zukünftigen Krisen innereuropäische Grenzschließungen ausgeschlossen werden!

Die WHO und ihre Finanzierung

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist die Koordinationsbehörde der UN für das internationale öffentliche Gesundheitswesen mit 194 Mitgliedsstaaten. Die Organisation finanziert sich z.Z. mit ca. 20% durch freiwillige Beiträge der Mitgliedsländer und 80% aus Stiftungen, internationalen Organisationen sowie NGOs und privaten Spendern.

Bei allem Respekt vor dem Engagement von Bill Gates, kann es nicht sein, dass das Gesundheitssystem der Weltgemeinschaft durch private Akteure dominiert wird. Es darf nicht sein, dass sich solche „Gönner“ ihren steuerlichen Verpflichtungen entziehen und dadurch Gewinne maximieren. Danach bestimmen sie mit ihren Spenden, was in der Welt geschehen soll. Dies ist ein Trend, der neuerdings auch in Deutschland zu beobachten ist!

Das ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, bei dem das Primat der Politik mit seinen gewählten Parlamenten und Regierungen ad absurdum geführt wird!

Maßnahme

Die WHO muss zu 100% durch die Mitgliedsstaaten mit festgeschriebenen Beiträgen, gemäß ihrer wirtschaftlichen Potenz, finanziert und über die entsprechenden Gremien kontrolliert werden. Keine Privatisierung des weltweiten Gesundheitswesens!

Bürgerversicherung

Gerade auch jetzt in der Corona-Krise zeigt sich, wie notwendig eine einzige Bürgerversicherung für alle BürgerInnen wäre. Z.B. Solo-Selbständige fallen nach kurzer Zeit in die Armut und verlieren ihre Mitgliedschaft in ihrer privaten Versicherung. Bereits bei der Bundestagswahl 2013 wurde im „Augsburger Wahlprogramm“ der SPD die Bürgerversicherung gefordert, doch mit der Union ist das nicht umzusetzen.

Maßnahme

Die SPD muss dieses Thema wieder in das Wahlprogramm 2021 aufnehmen und den BürgerInnen im Wahlkampf vermitteln, wie wichtig diese Versicherung für alle ist.

Arbeit, Soziales und Familie

Kinderarmut

Sechs Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut, eine Schande für ein so reiches Land! In den Medien und damit in der Öffentlichkeit wird dieses Problem kaum wahrgenommen. Jeremias Thiel, ein junger Sozialdemokrat aus Kaiserslautern, hat hierzu ein sehr beeindruckendes Buch geschrieben: „Kein Pausenbrot, keine Kindheit, keine Chance: Wie sich Armut in Deutschland anfühlt und was sich ändern muss“. Er schildert aus eigener Erfahrung, was Armut für ein Kind bedeutet und zeigt auf wie unsere Gesellschaft davon betroffen ist.

Maßnahme

Kinder gehören nicht in den Bezug von Hartz IV, sondern müssen eine eigene verlässliche Geldleistung erhalten, die sich an den Bedürfnissen der Mitte der Gesellschaft orientiert. Deshalb fordert die SPD eine gesetzlich abgesicherte „Kindergrundsicherung“, die allen Kindern das gleiche Recht auf gute Bildung und soziale Teilhabe einräumt.

Gleichberechtigung von Männern und Frauen

Im Grundgesetz (GG) Art.3 (2) steht „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Das wurde bereits 1949 von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes gefordert! Doch auch heute noch sieht die Realität ganz anders aus: Frauen erhalten einen geringeren Lohn als Männer (ca. 20% weniger), sie sind in den Vorständen und Aufsichtsräten kaum vertreten (ca. 10%), auch in den Parlamenten sind sie leider nur eine Minderheit (1949: ca. 7%, 2017: ca. 31%). Auf der anderen Seite sind die Frauen, seit der Corona-Krise, in vielen sogenannten „systemrelevanten Bereichen“ unseres Staates überproportional vertreten: Im Pflegebereich, in Kitas und Schulen, im Einzelhandel etc. Und in den Familien, auch jetzt wieder bei der Corona-Krise, tragen die Frauen (Mütter) die Hauptlast!

Maßnahmen

Konsequente Umsetzung von Art 3 (2) GG mit:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, ohne „Wenn und Aber“!
- Gleiche Repräsentanz von Frauen und Männern bei den Führungskräften (Vorstände und Aufsichtsräte) in den Wirtschaftsunternehmen und Verbänden
- Gleiche Repräsentanz von Frauen und Männern in Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen
- Gerechte Aufteilung der Arbeiten in den Familien

Mitbestimmung

In der neuen digitalen Welt entstehen Arbeitsplätze und Arbeitsverhältnisse, die mit dem bisherigen Betriebsverfassungsgesetz nicht oder nur unzureichend abgedeckt sind. Z.B. Homeoffice oder Soloselbstständigkeit. Es besteht die Gefahr, dass diese Mitarbeiter von denen, die im „Räumlichen Betrieb“ arbeiten, abgehängt werden, oder aus übertriebener Loyalität und voreilem Gehorsam sich selbst „versklaven“. Ein gutes Beispiel hierzu ist die „Vertrauensgleitzeit“, die im Mittel eher den Arbeitgebern Vorteile erbracht hat.

Ein weiterer Trend ist, insbesondere bei großen Unternehmen, dass bestimmte Bereiche ausgegliedert oder ins Ausland verlagert werden, um durch niedrigere Personalkosten die Gewinne zu maximieren. In diesem Zuge wird oft Firmen-Know-How an ausländische Partner verschenkt, nur um dort in die Märkte einzusteigen. Dabei muss man wissen, dass dieses Firmen-Know-How auf das,

von den Steuerzahlern finanzierte, staatliche Bildungssystem aufbaut!

Langfristige Nachhaltigkeit ist nebensächlich, weil dies kein Bestandteil der Boni von Firmenchefs ist. Auch der exorbitante Unterschied zwischen unterster Lohngruppe und den Vorstandsgehältern bei großen Unternehmen ist nicht mehr hinzunehmen.

Maßnahme

- Das Betriebsverfassungsgesetz muss an die neuen Formen der digitalen Welt angepasst werden.
- Die Arbeiterschaft muss ein größeres Mitspracherecht im Unternehmen erhalten, da es nicht nur um die Existenz der Kapitaleigner, sondern auch um die Existenz der Arbeitnehmer geht. Ein Monopoly-Spiel in der realen Welt darf es nicht geben!
- Wenn Firmen-Know-How veräußert wird, müssen Ausgleichszahlungen von diesen Unternehmen an den Staat geleistet werden.
- Der Abstand zwischen unterster Lohngruppe und Vorstandsgehältern muss im Betriebsverfassungsgesetz geregelt werden.

Rentenversicherung

Mit dem Antrag der AG 60plus-RLP vom März 2017 haben die SPD-Senioren aufgezeigt und gefordert, wie das Deutsche Rentensystem umgebaute werden muss. Wenn man nun die Ergebnisse der Rentenkommission vom März 2020 anschaut, muss man mit Ernüchterung feststellen, dass mit der Union keine umfassende Reform gelingen wird, siehe hier: <https://www.ag60plus-rlp.de/2020/s:57785/>

Maßnahme

Auch dieses Thema muss die SPD in das Wahlprogramm 2021 aufnehmen und dafür kämpfen, dass wir links von der Union wieder Mehrheiten bekommen.

Wirtschaft

Weltwirtschaft

Die Globalisierung ist weder von Gott gegeben, noch ist sie von einem, von der Weltbevölkerung gewählten, Parlament legitimiert. Sie wurde von Weltkonzernen entwickelt bzw. vorangetrieben und hat sich als „Normative Kraft des Faktischen“ etabliert. Danach sind große und mittlere Unternehmen dem Vorbild gefolgt. Diese Unternehmen nutzen die unterschiedlichen nationalen Standards (Besteuerung, arbeitsrechtliche oder umweltrechtliche Bedingungen etc.) aus, um sich finanzielle Vorteile zu verschaffen. Dabei werden die Nationalstaaten und die Arbeitnehmerschaft gegeneinander ausgespielt. Die Nationalstaaten versuchen sich zu adaptieren und mit nationalen Gesetzesanpassungen „wettbewerbsfähig“ in der Weltwirtschaft zu werden bzw. sich ihrerseits Vorteile gegenüber anderen Nationalstaaten zu verschaffen. Eine menschenunwürdige Abwärtsspirale der Nationalstaaten.

Es gibt keinerlei Balance zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen in der Globalisierung, da es in Ermangelung von Weltgewerkschaften keine weltweite Tarifautonomie gibt. Nutznießer dieser verheerenden Entwicklung sind die in der Globalisierung agierenden Unternehmen sowie dominierende Staaten wie USA und China. Bei der Globalisierung steht die Gewinnmaximierung im Vordergrund, weshalb Wertschöpfungsketten mit mehreren Nationen quer über den gesamten

Globus gespannt wurden. Dabei spielen Transportkosten, Logistik mit Nutzung gesellschaftlicher Infrastruktur aber auch Robustheit keine Rolle. Die Corona-Krise hat nun aufgezeigt wie fragil und anfällig ein System ist, was nur noch einen eindimensionalen Wertekanon hat, nämlich das Geld!

Maßnahmen

- weltweit produzierbare Grundnahrungsmittel und Produkte sollten nicht weltweit gehandelt werden, um einerseits Klimaschäden zu vermeiden (Transport) und andererseits regionale Märkte z.B. in Entwicklungsländern zu schützen. Notlieferungen sind dabei ausgeschlossen.

Beispiel: Warum muss in einer Germersheimer Pizzeria Mineralwasser aus Italien (S.Pellegrino) verkauft werden, obwohl im Nachbarort „Bellheimer Mineralwasser“ produziert wird. Natürlich trinken wir in Deutschland gerne zur Pizza italienischen Rotwein (Chianti etc.) und das soll auch so bleiben!

- sollten wir uns nicht mit Nahrungsmitteln begnügen, die saisonal bei uns wachsen? Müssen wir z.B. Erdbeeren als Nachspeise beim Weihnachtsessen servieren, die mit hohem Transportaufwand von Neuseeland nach Deutschland geflogen wurden?

- Produkte mit ihren Wertschöpfungsketten müssen so gestaltet werden, dass möglichst wenig Länder daran beteiligt sind, um einerseits Klimaschäden zu vermeiden (Transport) und andererseits robuste Wirtschaftskreisläufe zu sichern.

- Grundsätzlich sind regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern, die sowohl möglichst autark wirtschaften können und damit robust sind, als auch ihre jeweiligen Spezialitäten an benachbarte Wirtschaftskreisläufe handeln können. → Wabenstruktur

- Internationale Handelsabkommen sind auf Basis der 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals ‚SDGs‘) zu entwickeln.

Europäische Wirtschaft

In der immer stärker werdenden digitalen Welt spielt sowohl die Vernetzung (Glasfaser bis in Haus zu den Endgeräten), die Entwicklung der Elektronik-Chips (Mikroprozessoren), die Speicherung von Daten (Serverfarmen) als auch digitale Dienste (Suchmaschinen, soziale Netzwerke etc.) eine entscheidende Rolle. Was die Elektronik-Chips, die Speicherung von Daten und auch die Bereitstellung von digitalen Diensten angeht, haben US-Firmen und -Standorte eine weltweit beherrschende Rolle: Intel, Microsoft, Apple, Google, Facebook und Amazon, um nur ein paar zu benennen. Diese Know-How- und Marktbeherrschung führt zu großen Abhängigkeiten, die sich auch bei internationalen Konflikten auswirken, z.B. bei einem Embargo.

Ein innereuropäisches Ärgernis, ist die EU-Vorgabe bei größeren Investitionen (mit unterschiedlichen Wertgrenzen) wie z.B. Bau einer Schule, einer Festhalle etc. europaweite Ausschreibungen zu organisieren. Diese Bestimmungen entsprechen den unsinnigen Vorstellungen der Großkonzerne in der Globalisierung (s.o.).

Maßnahmen

- Ähnlich wie es in der Luftfahrtindustrie mit Airbus gelungen ist, brauchen wir in Europa auch für Elektronik-Chips, PCs, Smartphones, Serverfarmen, digitale Dienstleistungen etc. potente Firmen. Das können auch europäische Zusammenschlüsse sein.

Hierzu muss die EU mit ihren Mitgliedsstaaten die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen und die finanziellen Mittel bereitstellen

- Nationale Investitionen sollen auch nach national, am besten in der entsprechenden Region, ausgeschrieben werden. Bei europäischen Investitionen muss auch europäisch ausgeschrieben werden.

Volkswirtschaft

Durch den Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“, mit dem Untergang des Ostblocks Anfang der 1990iger Jahre, hat sich der Kapitalismus in Form des Neoliberalismus weltweit in aggressiver und ungezügelter Form bis hinein in die kommunalen Strukturen ausgebreitet.

Wie stark sich diese Wirtschaftsdeologie in staatliche Belange eingeschlichen hat, zeigen die beiden folgenden Beispiele:

- Die Buchführung in den Kommunen wurde Anfang der 2000er von der Kameralistik auf das, aus der Betriebswirtschaft stammende Prinzip der doppelten Buchführung (Doppik) umgestellt.

Besonders befremdlich ist, dass die verschiedenen Haushaltspositionen nun „Produkte“ heißen.

- Arbeitssuchende bei früheren Arbeitsämtern werden heute in den Agenturen für Arbeit als „Kunden“ bezeichnet.

Nicht nur die Professoren an den Wirtschaftselitenschulen, auch Politiker aller Couleur haben sich zu der zeitbestimmenden Wirtschaftsdeologie bekannt. „Die Märkte können alles regeln“, war die Botschaft. Das beeindruckendste Beispiel dazu war der „Entwurf für ein Modernisierungskonzept für die europäische Sozialdemokratie“ vom 08.06.1999: das „Schröder-Blair-Papier“. Hier sollte der Neoliberalismus in weichgespülter Form in der Sozialdemokratie implementiert werden. Was auch geschah. Die Folge ist bekannt: Halbierung der SPD-Mitgliederzahl und Halbierung der SPD-Wähler! Es entstand ein Wachstumsfetischismus, der dazu führte, dass in Nachrichtensendung eine Wachstumsabschwächung wie eine Katastrophe „zelebriert“ wurde.

„Privatisierung“ und „Deregulierung“ waren die Schlagworte dieser Zeit. Die Folge war, dass wichtige Einrichtungen für die Daseinsvorsorge wie Stadtwerke, Sozialwohnungen der Städte, Gesundheitseinrichtungen, Energiesystem etc. an private Investoren (Hedge-Fonds) verkauft wurden. Diese Vorgehensweise wurde insbesondere von FDP-Politikern und CDU-Wirtschaftsverbänden, in den damals aufkommenden neuen Polit-Talk-Shows, gepredigt:

„Privatwirtschaft kann besser wirtschaften als der Staat“ posaunten Otto Graf Lambsdorff, Rainer Brüderle u.v.a.. Diese Botschaft hören wir auch heute noch und immer wieder von Christian Lindner, obwohl es in den letzten Jahren gerade in der Privatwirtschaft große Pleiten gab: „Banken-Krise“, „Diesel-Betrug“ etc.. Getreu dem Motto „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“ ist der Ruf der Neoliberalen unüberhörbar:

- wenn es der Wirtschaft gut geht: „Wir brauchen einen schlanken Staat, Steuern runter.“

Beispiel: Mövenpick-Steuer → Senkung der Mehrwertsteuersätze für Hotel-Übernachtungen von 19% auf 7%.

- wenn es der Wirtschaft schlecht geht: „Die Branche x ist ‚systemrelevant‘, jetzt muss der Staat helfen.“ Beispiel: Teilverstaatlichung der Commerzbank in der Banken-Krise.

Es wird von diesen Leuten so getan, als wäre „der Staat“ ein Fremdkörper, der beliebig manipuliert werden kann! Der Staat sind WIR ALLE, auch die FDP gehört dazu!

Mit der Aussage von neoliberalen Zeitgeistern in 2011 „Wir brauchen eine marktkonforme Demokratie“ wurde die dekadente Entwicklung des aktuellen Wirtschaftssystems auf eine unerträgliche Spitze getrieben. Werbesprüche wie „Geiz ist geil“ oder „Unterm Strich zähl ich“ waren an der Tagesordnung.

In Art. 14 (2) GG ist klar geregelt, wie die Prioritäten sind: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Maßnahmen

- es ist Sache der Legislative dafür zu sorgen, dass wir einen „demokratiekonformen Markt“ bekommen!
- Nicht Wirtschaftsführer, sondern die Legislative ist das Primat des politischen Handelns. Politik darf nicht der verlängerte Arm der Wirtschaft sein!
- aus der Corona-Krise lernen wir, dass die Politik „systemrelevante Gruppen/Branchen“ schützen muss, damit insbesondere in Krisen-Zeiten die „vitalen Staatsfunktionen“ erhalten bleiben und funktionieren.

Privatwirtschaft

Auch in der Privatwirtschaft hat sich der Zusammenbruch des Ostblocks enorm ausgewirkt. Durch das entstandene „marktwirtschaftliche Vakuum“ sind die neuen Ostmärkte von westlichen Firmen überflutet worden, neue Marktteilnehmer sind aufgetaucht. Dadurch entstand z.B. im Anlagenbau ein Preisverfall von ca. 10%/a. Frühere Platzhirsche waren nicht mehr wettbewerbsfähig, weil ihnen die Kosten aus dem Ruder gelaufen sind. Nun begann die Sternstunde der Berater wie McKinsey und andere. Absolventen von Wirtschaftseliteschulen haben in Nadelstreifenanzügen ihr frisch gelerntes neoliberale Wissen in den „Markt“ implementiert, und zwar bei Lieferanten und Kunden gleichermaßen. Beide wurden mit neuen „Werkzeugen (Waffen)“ aufgerüstet.

Dabei war das Ritual der „Beraterbeglückung“ immer das gleiche:

1. Schritt: Wettbewerbsfähigkeit erreichen
2. Schritt: Gewinne steigern (statt 3 bis 5% operatives Ergebnis im den 1970iger Jahren → Zielkorridor von 13 bis 18% EBIT in den 1990igern und 2000ern)

Auch die Werkzeuge dazu wiederholten sich:

- Alle Kostenpositionen auf den Prüfstand: Personal- und Zuliefererkosten runter
- Stringentes Projektmanagement mit: Einkaufsmanagement (Einkauf von Dienstleistungen und Geräten auf dem Weltmarkt), Assetmanagement (früheste Zahlung durch den Kunden und späteste Zahlung an die Unterlieferanten) und Claimmanagement (Kosten von Änderungen und Ergänzungen vom vertraglichen Liefer- und Leistungsumfang rigoros durchsetzen). Durch diese Maßnahmen wurden aus „vertrauensvollen Partnern gepflegte Gegner“ geformt. Letztlich wurde dabei der bisherige mehrdimensionale Wertekanon von Unternehmen gemäß dem Motto „Im Zentrum unseres Handelns steht der wirtschaftliche Erfolg“, auf einen Wert, das Geld, reduziert. Profiteure dieser Ideologie waren Beraterfirmen und Anwälte!

Eine weitere Entwicklung in der Privatwirtschaft war der Gang großer deutscher Unternehmen an die New Yorker Börse (NYSE). Vorreiter dieses Trends war Jürgen Schrempp, Vorstandsvorsitzender der Daimler AG. Er rückte den „Shareholder Value“ in den Mittelpunkt seiner Unternehmensführung.

Viele soziale Errungenschaften des Unternehmens sind dabei auf der Strecke geblieben, damit sich die Vorstandsgehälter an das Niveau der US-Konzerne annähern konnten!

Die Folge beim Gang zur NYSE war, dass diese Unternehmen zusätzlich zur jährlichen Berichterstattung nach deutschem Aktienrecht, nun noch nach US-GAP quartalsweise berichten mussten. Dies wiederum hatte zur Folge, dass die Zielvereinbarungen der Vorstände mit den Boni auf

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, AG 60plus-RLP

Vorsitzender: Günther Ramsauer; StellvertreterIn: Dr. Dieter Börsch, Ingrid Reske, Hans Schäfer; Schriftführer: Wolfgang Thiel;
BeisitzerInnen: Ingo Degner, Marianne Degreif, Waltraud Federkiel, Karl-Heinz Geier, Robert Gensmann, Edgar Henkel,
Dr. Anton Miesen, Brigitte Schauf-Schneider, Motee Spanier, Christine Thirolf

diese Kurzfristigkeit ausgelegt wurden. Eine folgenschwere Entscheidung mit wenig Nachhaltigkeit! Glücklicherweise sind kleinere und mittlere Unternehmen sowie Familienunternehmen kaum von den Entwicklungen, wie in den Großfirmen betroffen, weil hier schon immer Nachhaltigkeit ein wichtiges Lenkungsinstrument war.

Der eine oder andere wird sich hier fragen: Warum so ausführlich, das Ganze ist doch schon 30 Jahre her? Richtig, das stimmt. Doch in dieser Zeit gab es einen Paradigmenwechsel, der zu den heutigen Auswüchsen geführt hat. Nur wenn man die Ursachen verstanden hat, kann man auch therapieren!

Maßnahmen

- Der Gewinn der Unternehmen muss auskömmlich gestaltet werden. Ergebnisse wie in den 1970ern reichen aus! Die Ackermann-Gier muss passé sein!

- Im Artikel 14 GG „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“, wird klar aufgezeigt, dass neben dem wirtschaftlichen Erfolg auch Nachhaltigkeit, soziale Verantwortung und gesellschaftliches Engagement wesentliche Elemente eines Unternehmens sein müssen. Die Unternehmen und die Wirtschaftswissenschaften müssen einen Wertekanon entwickeln, der alle relevanten Ausprägungen eines dauerhaft erfolgreichen Unternehmens berücksichtigt. Die Incentivierung aller Führungskräfte wird dann darauf angepasst.

Börse vor acht, Verbraucherschutz

Nur ca. 5% der Bevölkerung in Deutschland besitzen Aktien und dennoch strahlt die ARD seit dem Jahr 2000 von Montag bis Freitag die Börsensendung „Börse vor acht“ aus. Dass sich die Öffentlich-Rechtlichen auftragsgemäß auch um „Minderheiten“ kümmern müssen, wird hier besonders deutlich! Eine vergleichbare werktägliche Sendung für die Verbraucher, die überwiegende Mehrheit der Gebührenden, gibt es nicht!

Maßnahme

„Börse vor acht“ sollte durch eine werktägliche verbraucherorientierte Sendung „Wir Verbraucher“ ersetzt oder zumindest ergänzt werden.

Wertpapiere

Es ist eine schwer verstehbare Tatsache, dass die Börsenwerte von vielen Unternehmen deutlich höher sind als deren Realwerte. Milliarden Geldwerte werden im Millisekunden-Takt über elektronische Börsen mit ausgeklügelten „Software-Maschinen“ rund um die Welt gepeitscht. Durch diese „Luftblase“ ist ein „fragiles Casino“ entstanden, das schon mehrfach die Finanz- und Realwirtschaft in gefährliche Krisen gebracht hat.

Besonders pervers ist es, wenn mit Zertifikaten auf den Niedergang von Währungen oder Insolvenz von Staaten gewettet wird! Anarchie pur!

Maßnahmen

- Mit einer wirksamen Finanz-Transaktionssteuer muss der ultraschnelle Aktienhandel in der EU unterbunden werden. Es gibt keinen Grund auf eine internationale Vereinbarung zu warten! Die deutsche Politik, insbesondere die SPD, muss hier die treibende Kraft sein!

- Finanzprodukte, die durch Wetten zerstörerische Absichten haben, müssen verboten werden.

- Sämtliche Finanzprodukte müssen zukünftig von einer europäischen Zulassungsbehörde vor Einführung geprüft werden, um Schaden für unsere Gesellschaft abzuwenden.

Wirtschaftswissenschaft

In den (Elite-)Schulen für die Betriebswirtschaftslehre wurden Generationen von Schülern/Studenten (auch spätere Chefs von Großfirmen) getrimmt, an 1. Stelle wirtschaftlichen Erfolg zu treiben und den Hauptwachstumszielen: „Mehr Auftragseingang, mehr Umsatz, mehr Gewinn“ zu frönen. Dass die Erde ein endliches System mit endlichen Ressourcen ist, war den Professoren wohl egal. Auch dass Betriebswirtschaft ein wesentlicher Teil der Volkswirtschaft ist und es einen Art. 14 GG gibt, bei dem auch die Allgemeinheit wichtig ist, spielte offensichtlich keine große Rolle. Wettbewerb und damit Egoismen wurde als alleinige unternehmerische Antriebskraft gelehrt und gepflegt. Die Krönung dieser Lehre ist die Globalisierung, bei der Nationen und Arbeitnehmer gegeneinander ausgespielt werden, um den Profit der beteiligten Unternehmen zu maximieren (s.o.). Das ist eine Ideologie, die nur kurzfristigen Erfolg haben kann und letztlich sowohl in der Betriebswirtschaft als auch in der Volkswirtschaft Mittel- bis Langfristig scheitern wird!

Maßnahmen

Die Volks- und Betriebswirtschaftswissenschaft muss ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und Konzepte für folgende Themen entwickeln:

- Mehrdimensionaler Wertekanon für die Volkswirtschaft und die Unternehmen unter Berücksichtigung der 17 SDGs..
- Ein Wirtschaftssystem, das ohne Wachstum auskommt und unter Berücksichtigung endlicher Ressourcen (Effizienz und Suffizienz) einen auskömmlichen Wohlstand generiert.
- Kleine, autarke und robuste Wirtschaftskreisläufe als Gegenentwurf zur Globalisierung, Beispiel Energiewaben <https://energiewaben-gr.eu/start>.
- Minimierung der Wertschöpfungsketten über der Erdball hinweg.
- Ausgeglichene Handelsbilanz (Z.Z. sind wir noch Exportweltmeister. Wie kann das kompensiert werden?)
- Ermittlung systemrelevanter Gesellschaftsgruppen/Branchen als Garant für den Erhalt und Fortbestand unseres Staates.

Um es klar zu formulieren:

- es geht nicht um Protektionismus und Kleinstaaterei, sondern um robuste, lebens- und überlebensfähige soziale, ökologische und ökonomische Strukturen!
- es geht nicht um Verteufelung des Unternehmertums, sondern um eine Balance zwischen notwendiger, kreativer unternehmerischer Antriebskraft und sozial-ökologischer Fürsorge!

Klima-Krise

Die Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen, durch den vom Menschen verursachten Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen für die Gesellschaft in der Gegenwart und der nahen Zukunft. Auf dem Spiel steht die Überlebensgrundlage vieler Arten! Die Corona-Krise wird lange vorbei sein, wenn wir immer noch mit der Klima-Krise kämpfen! Die Arbeitsgruppe „Erneuerbare Energien, Energiewende und Wärmewende“ der SPD-RLP hat zur Klimakrise das „Konzept für Erneuerbare Energien, Energiewende und Wärmewende für D und RLP“ entwickelt, das demnächst veröffentlicht wird. Deshalb hier nur einige wichtige Auszüge:

Gesetzliche Voraussetzungen

Die jetzige gesetzliche Situation, die insbesondere durch Lobbyisten der großen Energieversorger im EEG verankert wurde, behindert den weiteren Ausbau der Erneuerbaren.

Gerade jetzt wird die Corona-Krise vorgeschoben, um wichtige, bereits von den Koalitionsspitzen vereinbarte EEG-Anpassungen zu verzögern bzw. zu verhindern.

Maßnahmen

Gesetze und Verordnungen sind so zu ergänzen bzw. zu ändern, dass die im Pariser Klimaschutzabkommen beschlossenen Ziele umgesetzt und nicht mehr behindert werden können!

Die Unions-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, unverzüglich diese Blockadehaltung zu beenden! Hierzu muss die SPD-Bundestagsfraktion den notwendigen Druck aufbauen!

Vom Fossilen zum Erneuerbaren Zeitalter bis 2040

Es reicht nicht aus, eine notwendige CO₂-Bepreisung durchzusetzen und zu hoffen, dass der Markt schon alles regelt, damit die Klimaschutzziele von Paris erreicht werden. Marktmechanismen werden das nicht schaffen, hier liegen genügend negative Erfahrungen auch aus anderen Bereichen vor!

Dass Altmaier, als Bundeswirtschaftsminister, den heutigen Primärenergie-Import (ca. 75%) auch in der Zukunft, dann mit grünen Wasserstoff, importieren will, obwohl wir unseren gesamten Energiebedarf selbst in Deutschland mit Erneuerbaren erzeugen können, ist ein Skandal und widerspricht dem Amtseid, den der Minister bei seiner Ernennung geleistet hat!

Maßnahmen

- Einsparung von 30 % des Endenergieverbrauchs von 2020 bis 2040, durch Effizienz- und Suffizienz-Maßnahmen (Einhaltung der EU-Richtlinie: 1,5%/a).
- Planung und Umsetzung des Ausbaupfades für Erneuerbare: bis 2040 wird der gesamte Energiebedarf zu 100 % durch heimische Erneuerbare gedeckt.
- Vollständiger Ausstieg aus den Fossilen bis 2040.
- Die Maßnahmen sind so zu gestalten, dass Partizipation und Kostendeckung sozial gerecht aufgeteilt werden.
- Mit den notwendigen Investitionen schlagen wir „Zwei Fliegen mit einer Klappe“: schnelle Überwindung des wirtschaftlichen Einbruchs durch die Corona-Krise und Erreichung der Klimaschutzziele von Paris!

Elektrische Energieversorgung

Der Kampf um Profite im Energiemarkt hat bereits in den 90igern des letzten Jahrhunderts begonnen, als die Privatisierungs- und Deregulierungswelle in Deutschland begann. Alle damaligen Energieversorger, die ehemals den großen Kommunen, Gebietskörperschaften oder Bundesländern gehörten, wurden zu 4 großen monopolartigen Konzernen zusammengeschlossen und privatisiert. Danach wurden, mit EU-Vorgabe, die Netzanteile dieser Konzerne abgetrennt und zu eigenen großen privaten Netzbetreibern mit hoher garantierter Rendite von 7,5 % geschaffen. Fatal ist, dass diese Netzbetreiber zu mehr als 60% ausländischen Investoren gehören, darunter u.a. auch australische Investoren. Jeder wird sich fragen: Welches Interesse haben diese Investoren, außer Profit, an unserer Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie?

Maßnahme

Elektrische Energieversorgung ist Bestandteil der Daseinsvorsorge und darf deshalb nicht in privater

Hand mit der Maximierung von Profiten liegen, sondern muss, wie z. B. schon immer die Pfalzwerke, in kommunale/regionale Hand zurückgeführt werden!

Sicherheits-/ Friedens-/ Entwicklungs-/Europapolitik

Fast in jedem Land der Erde gibt es ein Verteidigungsministerium. Wie soll man nun das Paradoxon einem/r 10-jährigen Enkel/in erklären, welchen Sinn Verteidigungsministerien haben, wenn es doch keine „Angreifer“ mehr gibt? Doch weit gefehlt, denn es gibt Länder mit Verteidigungsministerien die trotzdem Angriffskriege führen. Beispiele: USA gegen Irak, Russland gegen Ukraine, Türkei gegen Syrien.

Auf jeden Fall kann man seinem/r Enkel/in sagen, dass jeder Euro/Dollar der für die sogenannte Verteidigung ausgegeben wird dazu da ist, um Menschen und Länder/Städte/Dörfer zu zerstören. Besonders perfide ist es, wenn Waffenhändler gleichzeitig an die beteiligten Konfliktparteien ihre Waffen liefern. Der Wilde Westen lässt grüßen (Waffen an Armee und Indianer).

Auf der anderen Seite ist jeder Euro/Dollar, der klug in Entwicklungshilfe investiert wird, für Länder/Städte/Dörfer, kurz für die Menschen bestimmt, um sie einerseits vor Hunger, Armut und Flucht zu schützen und andererseits sie zu befähigen, ihr Dasein selbstbestimmt zu organisieren! Dass verstehen auch schon 10-Jährige!

Verteidigungspolitik, das 2%-Ziel der Nato

Beim Nato-Gipfel 2002 in Prag und dann noch 2014 in Wales wurde vereinbart, dass die wirtschaftsstarke Mitgliedsländer der NATO ihr „Verteidigungsbudget“ bis 2024 auf 2%/a des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den Haushalten aufstocken sollen! Das sind dann für Deutschland ca. 60 Mrd. Euro/a! Die USA ist mit 3,42%/a vom BIP „Weltmeister“ in der Nato! Bei den internationalen Konflikten, bei denen die USA beteiligt sind, muss man sich über diesen hohen Wert nicht wundern. Festzuhalten ist, dass das 2%-Ziel nur ein Richtwert ist und es rechtlich keine Verbindlichkeit gibt!

Maßnahme

In der Nato muss das 2%-Ziel, im Rahmen von Abrüstungsverhandlungen mit Russland und China überdacht werden, mit der Absicht, die Aufwendungen für Militärkosten zu reduzieren.

Friedenspolitik

Mit der Auflösung des Warschauer Vertrages von 1991 wurde das Ende des kalten Krieges besiegelt. Danach wurden viele Verträge und Abkommen zwischen den ehemaligen Kontrahenten des Kalten Krieges geschlossen, die glücklicher Weise u.a. die Wiedervereinigung von Deutschland zur Folge hatten. Man konnte meinen, dies sei der Beginn eines langanhaltenden Weltfriedens.

Doch mit Putin, Bush jr., Trump, Xi Jinping und Erdogan wurde die Friedensordnung der Welt empfindlich gestört. Nichteinhaltung und Aufkündigung von Abrüstungsverträgen, die geografische Ausdehnung der Nato nach Osten sowie der islamistische Terrorismus sind die Ursachen von gravierenden Auswirkungen in der Weltordnung! Wir als BRD müssen aufpassen, dass wir nicht, mit unseren Bestrebungen dem 2%-Ziel der Nato nachzukommen, einen Beitrag zur Destabilisierung leisten. Insbesondere, wenn es um Kampfjets aus den USA geht, mit der Fähigkeit atomare Waffensysteme zu tragen!

Maßnahme

Die Bundesregierung und der Bundestag, müssen mit unseren Nato-Partnern und den möglichen Konfliktpartnern Russland und China wieder in Abrüstungsverhandlungen treten. Hier müssen die Sozialdemokraten wieder eine führende Rolle, wie damals Willy Brand und Egon Bahr bei den Ost-Verträgen mit „Wandel durch Annäherung“, übernehmen!

Entwicklungspolitik

„Ein Leben in Freiheit, Würde und Sicherheit für alle Menschen, ohne Armut, Furcht und ökologische Zerstörung – die deutsche Entwicklungspolitik hat das Ziel, diesem Ideal ein Stück näher zu kommen. Wichtige Leitprinzipien sind dabei der Schutz der Menschenrechte und die Stärkung von Eigenverantwortung und Selbsthilfekräften in den Entwicklungsländern“, so ist das Ziel der Bundesregierung kurz formuliert.

International hierzu wurde 2016 die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (17 Sustainable Development Goals ‚SDGs‘)“ von der UN beschlossen.

Um nun diese Ziele zu erreichen, müssen von den Mitgliedsstaaten entsprechende Mittel bereitgestellt werden. Bereits 1970 wurde vor der UN-Vollversammlung das formulierte Versprechen von den Industriestaaten abgegeben, mindestens 0,7 %/a des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungshilfe aufzuwenden.

Diese „Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)“ wird durch die OECD jährlich mit der ODA-Quote berichtet. In 2018 wurden folgende Werte gemeldet:

- D: 0,61%

- USA: 0,17%

Die Administration der USA wäre gut beraten, wenn sie mit der gleichen Vehemenz, die sie bei den Nato-Zielen den Mitgliedsstaaten abfordert, auch ihre eigenen ODA-Ziele verfolgen würde!

Im Lichte dieser Zahlen muss man sich fragen: Wo ist die öffentliche Empörung, insbesondere bei den Medien, wenn man die Aufwendungsziele für Militärausgaben (Nato: 2% vom BIB) und Entwicklungsausgaben (UN: 0,7 % vom BNE) gegenüberstellt und dabei bedenkt, dass die viel größere Zahl für Zerstörung und die kleinere Zahl für Frieden und Menschlichkeit steht?

Übrigens: In der Vergangenheit wurde häufig die deutsche Entwicklungspolitik als verlängerter Arm der deutschen Wirtschaftspolitik gesehen und damit regionale Märkte in den Entwicklungsländern negativ beeinflusst.

Maßnahme

Verteidigungs- Friedens- und Entwicklungspolitik müssen gemeinsam gedacht werden, wobei die beiden letzten Politikfelder im Vordergrund stehen müssen!

Europapolitik

Im EU-Vertrag von Lissabon sind Normen und Werte für die EU wie z.B. die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit verankert, an die sich alle Mitgliedsstaaten halten müssen. Ein weiteres Ziel der EU ist auch, dass die „Konvergenz ihrer Volkswirtschaften“ herbeigeführt werden soll. D.h., die EU legt im Rahmen ihrer jährlichen Haushaltsplanung Programme auf, um Länder mit niedriger Wirtschaftsleistung zu unterstützen.

Fakt ist nun, dass Länder wie Ungarn und Polen in der letzten Zeit ihre Gesetze verändert haben, was

insbesondere die Justiz angeht, und damit nicht mehr EU-konform sind. Eine nicht akzeptable Entwicklung!

Maßnahme

Staaten, die sich nicht an EU-Verträge halten, verlieren ihr Stimmrecht in den EU-Gremien und erhalten keine finanziellen Unterstützungen mehr.

Politikbetrieb

Gesetzesarbeit

Eine Regierung besteht gemäß ihren Aufgaben aus mehreren Ministerien, denen auf der Parlamentsseite entsprechende Ausschüsse gegenüberstehen. Eine durchaus vernünftige Arbeitsteilung, die parallele Arbeit ermöglicht. Das ist nun keine besondere Erkenntnis. Doch wenn die Corona-Krise für die unterschiedlich betroffenen Fachbereiche als Vorwand dient, um bestimmte Gesetzesvorhaben, die von verschiedenen Ministerien/Ausschüssen zu bearbeiten sind, auf die lange Bank zu schieben, dann ist dies Unvermögen, Arbeitsverweigerung oder Kalkül! Es ist wohl letzteres anzunehmen, wenn die Union folgende Gesetzesvorhaben blockiert, weil sie diese nicht mag oder gar verhindern will: Grundrente, Klimaschutzgesetze, EEG-Novellierung mit 52GW-Deckel und Regulierung ausgeförderter EE-Anlagen, Begrenzung der Mandate im Deutschen Bundestag. Welche Instanz, außer dem Wähler, kann diesen Herrschaften eine Abmahnung geben?

Maßnahme

Die Unionsfraktion wird aufgefordert, unverzüglich den Weg für das Gesetzgebungsverfahren im Bundestag freizugeben! Die SPD-Fraktion muss den entsprechenden Druck, auch in der Öffentlichkeit, aufbauen!

Lobbyarbeit

Leider ist es in den Gesetzgebungsverfahren im Bundestag häufig so, dass Initiativen von privaten Stiftungen ausgehen, die bereits schon im Entwurf als Gesetzesvorlage ausgearbeitet sind. Prominentes Beispiel ist die Agenda 2010, die von der Bertelsmann-Stiftung ausgearbeitet wurde. Oder in einer weiteren Studie der gleichen Stiftung wird empfohlen Krankenhäuser zu privatisieren. Ein unhaltbarer Zustand, bei dem paradoxer Weise die Abgeordneten als verlängerte Werkbank der Stiftungen dienen.

Besonders bedenklich ist der Zugang von Mitarbeitern der Stiftungen oder anderer Lobbyisten in Parlamentsgebäuden des Bundestages. Hierzu gibt es besondere Zugangsausweise.

Maßnahmen

- Gesetzesinitiativen müssen aus dem Parlament oder der Regierung kommen. Stiftungen und andere Lobbyisten können im Gesetzgebungsprozess angehört werden.
- es muss grundsätzlich untersagt werden, dass Lobbyisten Zugang über Spezialausweise zu Parlamentsgebäuden bekommen.
- die Abgeordneten müssen offenlegen, mit welchen Lobbyisten sie wann und wo Kontakt haben. Hiermit muss sichergestellt werden, dass die Abgeordneten nicht gekauft werden können.

Visionen und deren Meilensteine

Für die SPD ist es existenziell wichtig, dass sie Visionen hat, mit Perspektiven, die weit in die Zukunft reichen. Es wird immer so sein, dass solche Visionen nicht schnell erreichbar werden. So war dies auch zu Beginn der Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr mit dem Start in 1969. Die Früchte dieser Politik konnten erst mit der Wiedervereinigung 1990 geerntet werden.

Mit den 13 Beschlüssen des Bundesparteitages von 2019 hat die SPD unter dem Motto „In die neue Zeit“ wieder einmal Visionen erarbeitet, die eine gute Perspektive für die Zukunft aufzeigen. Das gibt Hoffnung! Hier geht's zu den Beschlüssen: <https://www.spd.de/partei/beschluesse/>

Maßnahmen

In Koalitionen mit anderen Parteien wird es immer so sein, dass wir als SPD unsere Visionen nicht oder nur unvollständig durchsetzen können. Aber wir müssen mit den Koalitionskompromissen einen möglichst großen Schritt in Richtung der Vision aushandeln, was uns in den letzten Koalitionsverhandlungen auch ganz gut gelungen ist.

Bei der Kommunikation dieser Verhandlungsergebnisse müssen wir zukünftig besser hervorheben, dass der Kompromiss ein wichtiger Meilenstein zu unserer Vision ist und nicht ein Misserfolg einer nicht oder unvollständig erreichten Vision.

Bevölkerungsentwicklung

In den letzten 200 Jahren ist die Weltbevölkerung exponentiell von ca. 500 Mio. um 1800 auf heute knapp 8 Mrd. gewachsen. Diese unglaubliche Anzahl von Menschen auf unserer Erde ist die Hauptursache vieler Krisen und Konflikte: Armut, Krankheiten, Pandemien, Umweltzerstörung, Kriege, Bürgerkriege und Flucht.

Maßnahmen

„Seid fruchtbar und mehret euch“ (Genesis) ist nicht mehr das Gebot unserer Zeit, sondern schonender und fürsorglicher Umgang mit den endlichen Ressourcen unsere Erde müssen uns leiten. Dabei ist Bildung der Haupterfolgsweg, damit die Menschen lernen selbstbestimmt die Spezies zu erhalten und die Grenzen des Lebensraumes zu akzeptieren! Die Bevölkerungsentwicklung ist die größte Herausforderung der UN und Nationalstaaten, insbesondere in den Ländern mit großem Bevölkerungswachstum. Hierzu sind die Industriestaaten für eine maßgebliche Unterstützung aufgerufen.

Fazit

Es gibt eine große Menge von hier behandelten politischen Themen, die schon viel zu lange diskutiert, aber nicht in politisches Handeln umgesetzt wurden. Nutzen wir den Neustart nach Corona um nicht Altes weiterzuführen, sondern wagen wir mutige Schritte „In die neue Zeit“! Die hier bearbeiteten Themen sollen als Anregungen für Anträge und Veranstaltungen der AG 60plus-RLP dienen.

Nicht nur im Willy-Brandt-Haus sondern in jedem Ortsverein und insbesondere in jedem Unterbezirk müssen die 13 Beschlüsse des SPD-Bundesparteitages 2019 kommuniziert und umgesetzt werden! Es geht darum, mündige Bürger aufzuwecken, damit sie sich politisch engagieren, um für einen neuen menschenwürdigen Plan zu kämpfen.

Abschlussbemerkung: Dieses Papier ist keine wissenschaftliche Arbeit, deshalb wurde auf Quellenangaben verzichtet.

Danke an Alexander von Rettberg und Dr. Inge Sommer für ihre Unterstützung.

Wolfgang Thiel
AG 60plus-RLP

aktualisierter Stand: 12.06.2020

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, AG 60plus-RLP

Vorsitzender: Günther Ramsauer; StellvertreterIn: Dr. Dieter Börsch, Ingrid Reske, Hans Schäfer; Schriftführer: Wolfgang Thiel;
BeisitzerInnen: Ingo Degner, Marianne Degreif, Waltraud Federkiel, Karl-Heinz Geier, Robert Gensmann, Edgar Henkel,
Dr. Anton Miesen, Brigitte Schauf-Schneider, Motee Spanier, Christine Thirolf